Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 15 (1935-1936)

Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

und so mare also ber Trieb zum Sichverlängern aus dem Drange nach Erweiterung des Gesichtstreises verkummert, hatte das Sichaufrichten nicht wieder und wieder Vergrößerungen des Rundblicks zur Folge gehabt. Das aber hat es nur bei einigermaßen freiem Gesichtstreis, nicht in Schluchten und nicht im Urwald. Daraus folgt mit Bestimmtheit, daß die Tierart, die zum Menschen sich zu wandeln vermochte (und zwar, wie wir annehmen, nicht nur an einer Stelle der Erbe, sondern an den verschiedensten Stellen), nicht im Urwald gelebt haben kann, sondern gelebt haben muß in der Ebene. Der Mensch mit andern Worten entstand in der Savanne oder am Meere, mochte er wenig später noch so viele Wälder roben und auf noch so hohe Berge steigen. Die Sachwissenschaft hat bafür vorläufig kaum unanfechtbare Zeugnisse aufzuweisen und wird sie sobald nicht haben; der Blick der Erscheinungswissenschaft aber reicht weiter. Menschliche Urwaldbewohner gab und gibt es; aber ihr Bau ist im Vergleich mit dem der übrigen Menschen ausnahmslos ein verkümmerter Bau, und gewiß nicht aus Zufall umwittert in den Mythen aller mythengewaltigen Bölker keinen Naturgegenstand ein dermaßen tiefes Grauen wie den Urwald."

Wer erscheinungswissenschaftlich denken lernen und wer von den Mögelichkeiten der Ausdruckskunde auf ihren verschiedenen Zweigen der Graphologie, der Phhsiognomik, der Tierpsphologie einen Begriff erhalten will, wird künftig ohne dies Buch nicht mehr auskommen. Besonders dürften auch jene mehr biologisch gerichteten Naturwissenschaftler, bei denen die erscheinungswissenschaftlichen Methoden nie ganz in Vergessenheit gerieten, dem Verfasser Dank wissen, daß er, gründlich von neuesten physiologischen und biologischen Werken Kenntnis nehmend, sein Forschungsfeld bis tief in den Bereich animalischen Lebens hinein erweitert hat.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Behörden und Landesverteidigung.

In der schweizerischen Wehrgeschichte erscheint das Jahr 1935 als der Beginn eines Zeitabschnittes, in welchem entscheidende Resormen und Verbesserungen der militärischen Rüstung in Angriff genommen worden sind. In der Tagespresse sind die Zweisel an der Möglichkeit der Landesverteidigung und die Angriffe gegen die Armee verstummt. Wer hätte noch vor kurzem gedacht, daß ein sozialdemokratischer Politiker in seiner Eigenschaft als Stadtpräsident aus eigenem Antriebe sich dazu verstehen könnte, die Kommandanten der aus dem Herbstmanöver zurücksehrenden Truppen als Gäste um sich zu versammeln und ihnen den Willkommgruß im Namen der von ihm verwalteten Stadt zu entbieten? An solchen und anderen Zeichen der Zeit ist der Wechsel des Standpunktes offenbar geworden. Vorbei sind zene stets wiederkehrenden Debatten im eidgenössischen Parlamente, wo die Beratung über

den Boranschlag des Bundes jeweils zu scharfen Angriffen gegen den Chef des Milistärdepartementes, gegen Armee und Landesverteidigung benutt wurden.

Und doch würde man sich einer schweren Täuschung hingeben, wenn man ansnehmen wollte, es sei eine entscheidende Gesinnungsänderung in unserm Bolke einsgetreten. Wir sind noch weit entfernt von der tiefernsten und entschlossen Ausbau seiner Armee befähigt wird. Wohl ist von einer offenen Gegnerschaft gegen die Landesverteidigung nicht mehr viel zu verspüren. Aber nach wie vor herrscht weit im Lande herum die Gleichgültigkeit und Tatenlosigkeit; die dumpse Dummheit des Vogels Strauß, der nicht sehen und nicht hören will.

Mars regiert die Stunde. Er ist ein unerbittlicher Gott und vor ihm vermag nur ein Volk zu bestehen, das sich in den Zeiten des Friedens in harter Gewöhnung und opservoller Hingabe auf den Krieg vorbereitet hat. Es ist leicht, sich im wärmenden Schein der Augustseuer für Vaterland und Armee zu entslammen. Zur Aussührung der guten Vorsätze bedarf es aber der selbstlosen unablässigen Arbeit auf Kosten der eigenen Bequemlichkeit. Sind wir hart genug? Dürsen wir wirklich einer Feuerprobe mit Vertrauen entgegensehen?

Die Schweiz ist ein Opfer ihres Wohlstandes und ihrer guten Weltkriegsseschäfte. Auch ohne große Geschichtskenntnisse wissen wir, daß Bauernvölker, geswöhnt an den harten Kampf des Daseins in der Natur, stärker und kriegstüchtiger sind als Handelsstaaten. Die kostspieligste Besestigung taugt nichts, wenn kein zu äußerster Gegenwehr entschlossener Berteidiger dahinter sitt. Diese Entschlossens heit muß in mühsamer Friedensarbeit erworben werden. Sie ist kein Geschenk des Augenblickes und kann nicht von heute auf morgen durch bundesrätliche Proklasmationen hervorgerusen werden.

Die Verantwortung für ein Versagen im Ariege wird weniger unsere an tägsliche harte Arbeit gewöhnten Arbeiter und Bauern treffen als vielmehr die Angehörigen der sogen annten guten Stände, das schwache Geschlecht der verwöhnten Stadtherren, das große Heer der Schreiberlinge und Kaufleute, die sogleich sußtrant werden, wenn sie den modischen Halbschuh mit dem Marschstiefel vertauschen und sogleich den Schnupsen kriegen, wenn ein unangenehmes Windlein bläst. Die Verantwortung liegt dei den Behörden, die nur auf Grund von Instruktionen handeln, anstatt selber und aus der Erkenntnis der eigenen Verantwortung tätig zu werden.

Die Ersahrungen, welche bis jest im schweizerischen Luft- und Gasschußen we sen gemacht worden sind, rechtsertigen in jeder Hinsicht unsere pessimistische Bestrachtung. Diese Kriegsvorbereitungen ersordern ganz besonders die tätige Mitswirfung der Zivildevölkerung, die entschlossene Arbeit der untern Behörden und Gesmeinden. Und wie kläglich sind die bis jest erzielten Ergebnisse! Ein großer Aufswand an Anleitungen und Belehrungen ist vertan worden. Aber es sehlt der Schwung und das Mindestmaß an Begeisterung, ohne das ein solches Werk nicht zustande kommen kann. Soll man sich darüber wundern, wenn man hört, daß das eid gen össischen Koll man sich darüber wundern, wenn man hört, daß das eid gen össischen Arte parte ment nicht einmal so viel Patriotismus aufszubringen vermag, um die Durchsührung des schweizerischen Luftschußes durch die Herausgabe einer Luftschußes durch die Hundesrat Pilet?

Als der Präsident eines kantonalen Luftschutzverbandes dem eben erwähnten eidgenössischen Postdepartement den vernünftigen Vorschlag machte, einen Briefstempel für die Propagierung des Luftschutzgedankens einzusühren, wurde ihm die Antwort zuteil, sein Antrag sei genehmigt unter der Bedingung, daß sein Verband die Spesen sür die Herband der Stempel übernehme! Zum Lachen, wenn es nicht wahr wäre! Und dann will man sich noch wundern, wenn eine Aktion, die alle Schichten des Volkes erfassen soll, elend stecken bleibt und den toten Punkt nicht mehr überwinden kann. Wann werden die papierenen Seelen im Bun-

d e 3 h a u j e begreifen, daß wir im Zeitalter der Bolfsheere leben und daß die Armeer auf verlorenem Posten steht, wenn sie nicht von allen Behörden unterstütt wird?

Schmachvoll wird die kostbare Zeit verläppert. Noch hat sich keine Behörde gestunden, welche endlich den armeeseindlichen Pfarrern und Lehrern das Handwerkt legt und sich nicht hinter den Paragraphen verschanzt, um ihr Nichtstun juristisch) zu beschönigen. Wann wird der zürcherische Kirchenrat beherzt genug sein und die Herren Kobe, Lejeune, Gerber und Konsorten nach Genf verfrachten, wo sie dannt unter dem Schutze des Staatsseindes Nicole ihre verräterischen Phrasen weitershin zurechtdrechseln können?

Wir dürsen uns angesichts solcher Zustände nicht mehr darüber wundern, daß; es auch bei uns seit einiger Zeit Leute gibt, die nach der starken Führung rufen.

Der neue Waffenchef der Infanterie.

Oberstforpskommandant Wille hat das Kommando des 2. Armeetorps ant den neuernannten Oberstforpskommandanten Prisi abgegeben und wird Wassen af fen sich es ber In fanter i ean Stelle von Oberstdivisionär Borel, der das Kommandoveiner Division übernimmt. Über diese Neuordnung scheint die Linkspresse Gesungtuung empsunden zu haben, weil sie darin eine Zurücksetung Willes erblickt, und brüstet sich damit, daß ihre Hete den gewünschten Ersolg gezeitigt habe. Tatsächlich ist in der Betrauung Willes mit einem Amte, an welches die Oberaussicht über dies insanteristische Ausbildung der ganzen Armee gebunden ist, eine Auszeichnung zu erblicken. Wenn es anders wäre, so müßte sich auch ein General Gamelin zurücksgesetzt sühlen, der als Generalinspektor der französischen Armee zurzeit nicht überz eine eigentliche Kommandogewalt versügt und trotzem zum Chef der obersten Heeresseleitung im Kriegsfalle ausersehen ist.

Nichts neues aus dem Berfehrsministerium.

Anläßlich der Durchberatung des bundesrätlichen Finanzprogrammes hat derr Ständerat Herrn Bundesrat Pilet die väterliche Mahnung zugehen lassen, nung endlich Ernst zu machen mit der Reorganisation der schweizerische nu Staatsbahnen mit der Reorganisation. Der neugewählte Nationalratt Theodor Gut, Stäsa — ein Politiker, dem auch die Gegner die Achtung nicht versagen können, — hat in seiner "Zürichseezeitung" einige weitere Worte an Herrnt Pilet gerichtet, die an derber Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig lassen:

"Wenn wir die Bahnen als Bundesbahnen weiter betreiben wollen, mußig ab Neujahr die Reform Schlag auf Schlag einsehen und der verehrliche Bunse desrat Pilet wird radikal umsatteln müssen vom Politiker zum Kausmann. Eine Budget wie das jetige wird ihm nach unserer sesten Überzeugung unter keinem Umständen mehr genehmigt werden von den Räten. Es handelt sichh diesmal um seine letze Chance."

Aus solchen und anderen Boten dürfte der Berkehrsminister den Eindruck gewonnent haben, daß nun sogar die Geduld des Parlamentes erschöpft ist.

Es heißt, Herr Pilet bereite sich vor, in nicht allzu ferner Zeit die Nachfolgee des amtsmüden Herrn Motta in der Leitung der Außenpolitik zu übernehmen... Seine Untätigkeit scheint diesen Gerüchten Recht zu geben. Es könnte in der Tatt möglich sein, daß sein Geist sich bereits den Ausgaben der Außenpolitik zugewandtt hat, statt sich mit den prosaischen Desizitrechnungen der Bundesbahnen und den note wendigen Resormen zu beschäftigen. Bielleicht wünscht Herr Pilet, dem allfälligenn Nachfolger die Entscheidungen nicht vorwegzunehmen und ihm die übelriechende Erbessichaft als Ganzes zu überlassen. Das wäre menschlich zu begreisen. Als Staatsmann würde es ihn aber nicht empsehlen.

Revision des Berfahrens bei Initiativ= und Referendumsbegehren.

Immer wieder reben ber Bundegrat und die Stimme bes Bolfes aneinanderr

vorbei. Das beweist die tragikomische Geschichte von Geburt, Leiden und Tod der bundesrätlichen Vorlage über die "Revision des Versahrens bei Initiativ= und Reserendumsbegehren".

Die oberste Landesbehörde, die schon seit langem den Ruf nach der starken Hand vernommen hatte, glaubte, diesem Bunsche unter anderm auch durch die erswähnte Borlage entsprechen zu müssen. Im ablausenden Jahre hatten sich die Inistiativbegehren auf dem Kanzleitisch des Bundesrates gehäuft. Dieser unbequemen Regsamkeit der Bolksseele wollte der Bundesrat ein Ende machen und durch die Ausstellung schärserer Formvorschriften das Zustandekommen weiterer Initiativen erschweren. Bedauerlicherweise wurde dieses in harmloser Ausmachung vorbereitete Attentat auf die Bolksrechte von der "Neuen Jürcher Zeitung", die sonst ihre Aussgabe als Hüterin der Freiheitsrechte besser wahrzunehmen pslegt, kräftig unterstützt. Im übrigen war aber die Reaktion der öffentlichen Meinung von einer ungeahnten Heftigkeit. Aus allen politischen Lagern hagelten die Protesterklärungen. Bor diesem Sturme der Entrüstung strich der Bundesrat die Segel. Er verzichtete darauf, die beiden Käte mit der Borlage zu besassen, und hat nun das peinlich gewordene Traktandum ad calendas graecas verschoben — zu deutsch: Begräbnis erster Klasse...

Schweizerisch=österreichisches Rulturabkommen?

Baron v. Berger-Walbenegg, ber österreichische Außenminister, hat dem schweiszerischen Bundesrate den Abschluß eines Kulturabkommens zwischen den beiden Ländern beantragt. Die Antwort aus dem Bundeshause steht noch aus. Inzwischen hat der Bundesminister sür Handel und Verkehr in Wien, Stockinger, den Worten schon die Tat solgen und am 5. Dezember in Zürich eine österreichische Ausstelslung über "Wirtschaft und Kultur" eröffnen lassen.

Gegen die Ausstellung als solche ist nichts einzuwenden, insosern sie ja nur die Leistungsfähigkeit der österreichischen Industrie und der öffentlichen Betriebe und die Fortschritte der Baukunst und des Aunstgewerbes zur Darstellung bringen will. Geradezu nüßlich ist die Ausstellung dort, wo sie uns die Verbesserung der Verkehrswege und den Ausbau der österreichischen Alpenstraßen vor Augen führt und uns zwingt, darüber nachzudenken, inwieweit wir selber durch unsere Anleihenssgewährung an der Konkurrenzierung unserer Fremdenindustrie mitgewirkt haben.

Trothem darf erwartet werden, daß der Bundesrat davon absehen wird, ein Kulturabkommen mit Österreich abzuschließen. Bedarf es eines besonderen Staats- vertrages, um unsern Nachbarstaaten die Propagierung ihrer wirtschaftlichen und kunstgewerblichen Erzeugnisse in unserm Lande einzuräumen?

Die Regierung Schuschnigg-Starhemberg sucht sich nach allen Seiten zu versankern und neue Stütpunkte zu gewinnen. Das ist ihr gutes Recht. Aber Österreich ist ein Dikt at urst aat reinster Prägung, in welchem je nachdem mit, ohne oder gegen das Volk regiert wird. "Mit demokratischen Dingen wollen wir nichts zu tun haben," hat Fürst Starhemberg in einer seiner letzten Reden erklärt. Das ist der Grund, warum unsere oberste Landesbehörde gut daran tun würde, die Osserte des Herrn v. Berger-Waldenegg in der großen Bundesschublade unter "Unersledigtes" verschwinden zu lassen. Es wäre doch zu seltzam, wenn die älteste Demokratie der Welt ein Kulturabkommen mit einem Diktaturstaat tressen würde. Wir wollen keine chinesischen Mauern um uns errichten. Wir dürsen aber auch nicht den Anschein erwecken, als wolle der schweizerische Volksstaat den Bestrebungen aussländischer Diktaturen Vorschub leisten und sie dazu ermuntern, auf dem Wege eines Kulturabkommens auch ihre politisch kult ur und deren Methoden bei uns zu propagieren.

Rurt Mebi.

Zur politischen Lage.

Nach dem Abgang Masaryts. / Szenenwechsel um Abessinien.

Vor drei Tagen hat Masarht seinen Kücktritt als Präsident der tschechossowastischen Regierung genommen. Worgen wird die Tschechossowakei durch die Nationalsversammlung in Prag ihr neues Staatsoberhaupt wählen. Damit ist wieder einr Mann, der europäische Geschichte machte, von der politischen Bühne abgetreten, nachsdem es schon lange um ihn still geworden war. Aber immer noch war der greiser Staatsmann bisher im Stande, auf seine alles überragende Autorität gestützt, seint Bolk in schwierigen Stunden entscheidend zu beeinflussen. In Zukunst wird dass tschechische Volk ohne diese Leitung auskommen müssen. Und das in einer schwieserigen Zeit.

Die Tichechoslowakei unter ihrem Außenminister Benesch führt ihre ganzee Außenpolitik in unbedingter Anlehnung an Frankreich. Sie ist der allzeit getreuee und willige Sekundant Frankreichs und das Hauptglied in der im Often um Deutsch= land geschmiedeten französischen Kette. Man hat diese Tatsache wieder einmal sestie stellen können, als dem französischerussischen Bündnisse unmittelbar ein tschechischer ruffischer Vertrag folgte. Man kann dieselbe Tatsache fortwährend in Genf beobachten, wo Benesch eigentlich der beste französische Diplomat ist. Diese französische Freundschaft bedingt aber selbstverständlich entsprechende Feindschaften. Ams schwerwiegenosten ist dabei für die Tschechoslowakei der Gegensatzu Deutschland, der ebenso durch die Art der Entstehung des Staates wie durch seine bisherige Half= tung gegenüber Deutschland und gegenüber den Deutschen in seinen eigenen Grenzenn bedingt ift. Dem jetigen Deutschland gegenüber ist diese Politik nicht mehr so ungbedenklich wie noch dem Deutschland von 1933 gegenüber. Dazu kommt noch alsz ausgesprochene Erschwerung das schlechte Verhältnis zu Polen wegen der Teschenerr Frage. An jenem Grenzstück bestehen ja gegenwärtig höchst unerfreuliche Zuständer. beren Auswirkung man allerdings ja nicht überschätzen darf. Immerhin hat so dies Tschechoslowakei im Nordosten keine Rückendeckung mehr und Rußland ist troß seinerr starken Flugwaffe und trop der neuen schönen Flughäfen in Böhmen doch recht weitt. Man wird sich also in Brag die künftige Haltung genau überlegen müssen; vor allemn wenn an die Stelle Majarnks sein von ihm selbst gewünschter Nachfolger Benesch treten sollte, was wahrscheinlich ift.

Noch unsicherer ift jedoch die innerpolitische Lage, por allem unter dem Gingfluß einer starten Wirtschaftskrife mit ber entsprechenden Belastung der Staatsafinanzen. Eine sehr rührige kommunistische Partei macht sich unter bem Ginflußs ber Freundichaft mit Rugland ftark geltend und tritt für einen Linksblod gemeinsam mit Sozialisten und Nationalsozialisten (Beneschpartei!) ein. Daraus ergebenn sich schwere innerpolitische Auseinandersetzungen, die auch heute bei der Präsidentenge wahl zum Ausdruck kommen. Schwerwiegender noch ist wohl die Zersetung dess demokratischen Gedankens in dieser bemokratischen Republik. Der Staat verfügtt heute schon über alle die Sandhaben einer biktatorischen Staatsgewalt und macht von ihnen weidlich Gebrauch. Auffüllung ber gewählten Bertretungen in Bezirkenn und Gemeinden durch ernannte Regierungsleute, kommissarische Berwaltung derr Gemeinden, Berschleppung von Wahlen, Pressensur, Auflösung politischer Parteien,, Berbot von Druckschriften aller Art von der Zeitung bis zum längst klassisch gewordenen Buch, Bersammlungsverbote, endlose Polizeischikanen bis zur frassestenn Billfür, politische Berhaftungen, Prozesse und Berurteilungen in drakonischem Ausse maße nach einem Republitschutgeset usw. usw. tennzeichnen diese Selbstaufgabe derr Demokratie. Bon da aus ist kein großer Schritt mehr bis zu einer Diktatur. Nimmt man dazu das Auftreten aller möglicher bewaffneter und in militärischer Ausbilbung "machender" Gruppen und Parteigarden, jo erhalt man bas Bilb einerr äußersten innerpolitischen Spannung, wobei immerhin nach ost- und nicht mitteleuropäischem Mufter nicht ein allzu strenger Magstab angelegt werben barf.

Sehr schwer ist auch die Belastungsprobe für den Staat, die aus der immer noch ungelösten Frage eines Ausgleichs mit den Slowaken einerseits, den nationalen Minderheiten andererseits sich ergibt. Bor allem wird die Frage irgend eines Ausgleichs mit den 31/2 Millionen Deutschen immer brennender. Die Wirtschaftskrise hat vor allem die besonders start industrialisierten beutschen Gebiete des Staates erfaßt und führt hier gur eigentlichen Sungerkatastrophe, der die Regierung einstweilen ruhig zusieht. Dazu wird von den Tichechen der Lebensraum der Deutschen im Staate kunftlich mit allen Mitteln immer weiter eingeengt. Man brangt bie Deutschen aus den Staatsstellen, aus der Wirtschaft usw. hinaus und betreibt die Durchsetzung bes beutschen Gebiets mit Tichechen mit Hochbruck. Rimmt man bazu bie fulturellen Beeinträchtigungen, die politischen Drangsale und die endlosen Bolizeischikanen, so begreift man, baß sich ber Subetenbeutschen eine berart rabiate Stimmung bemächtigt hat, wie fie in ber freiwilligen politischen Einigung des Volkes zu Tage trat. Bo ist irgendwo sonst bei freiem Bahlrecht und bei allen möglichen behördlichen Ginfluffen bas bisherige politische Parteienspftem berart zerschlagen worden und die Einigung von 3/4 bes Bolkes in einer politischen Gruppe innert zwei Jahren geglückt, wie das bei den Sudetendeutschen in der Benlein-Bewegung der Kall ift? Nirgends! Die Subetendeutschen haben bamit ihre verzweiselte Entschlossenheit als Bolt unter Beweis gestellt und halten an diesem Entschlusse fest, wie alle Teilwahlen seit dem letten Frühjahr gezeigt haben. Sier werden sich also die Tschechen innert absehbarer Zeit zu der Entscheidung zwischen Einigung oder rücksichtsloser Gewaltpolitik gestellt sehen.

Diese Gesamtlage von eindrucksvoller Gespanntheit wird den Nachfolger Massanks vor schwere Aufgaben stellen, von deren Lösung das Schicksal des jungen Staates abhängen wird.

* *

Inzwischen hat der an dramatischen Wendungen bisher schon so reiche Streit Abessinien-Italien-England wiederum eine höchst überraschende Wendung genommen. Bereits wartete alle Welt gespannt auf die von England aus gesorderte und angestündigte Verschärsung der Sanktionen. Im letten Augenblick aber wurde die Beschlußsassung verschoben, dann erschien gar der wundervolle gemeinsame "Friedenssvorschlag" Englands und Frankreichs, der plötslich den Italienern ein weit günsstigeres Augedot auf Kosten Abessiniens machte als früher. Die im Spätsommer gemachten äußersten Vorschläge sind durch neue äußerste Vorschläge ersett worden, die bei ihrer Verwirklichung Abessinien nicht nur halbieren, sondern überhaupt als ernsthafte Größe auslöschen würden. Diese Nachricht verschlug zunächst der Welt den Atem, da man auf ein solches Rechtsumkehrt der Engländer doch nicht gerechnet hatte. Dann sing ein sieberhaftes Suchen nach den Gründen eines solchen Umssalles an. Was in aller Welt konnte die englische Regierung bewogen haben, einem solchen Schritte ihre Zustimmung zu geben, der mit allen eigenen Erklärungen und mit der Meinung des englischen Bolkes in schärsstem Widerspruche steht?

Die Antwort darauf ist einfach: Frankreich! Im entscheidenden Augenblick ist Frankreich ausgebrochen und hat einfach erklärt, daß es nicht mitmachen werde. England ist aber heute noch nicht in der Lage oder noch nicht gewillt, allein vorzugehen und die Sache durchzusechten. In dieser unglücklichen Lage hat England nachgegeben, um in Genf ein Fiasko zu vermeiden. Leicht wird ihm das nicht geworden sein, da sein Ansehen in der Welt dadurch sicher nicht gestärkt wird. Ein halbes Jahr zielbewußter Politik ist umsonst gewesen und das Zutrauen zu der englischen Politik hat einen schweren Stoß erlitten. Es wird keine leichte Aufsgabe für England sein, diesen Kückschlag zu verdauen und wieder auszugleichen. Es ist wahrlich kein schöner Ansang nach den englischen Neuwahlen und dies wird in England auch durchaus so empfunden. Denn darüber kann kein Zweisel bestehen, daß die Masse der Engländer und sicher auch die Regierung selbst im ureigensten

englischen Interesse und durchaus nicht wegen des lieben Völkerbundes von einem Nachgeben gegenüber Italien durchaus nichts wissen will! Man wird also England balb wieder auf dem alten Kurs sehen!

Ganz anders kann sich Frankreich einstellen. In seinen Augen ist der ganze Lärm um Abessinien nur geeignet, seine europäische Festlandspolitik zu gefährden. Es ist gezwungen, so lange seine Ausmerksamkeit von Deutschland abzuziehen und auch im nahen Osten mancherlei Unruhe entstehen zu sehen, die ihm durchaus nicht paßt. Je schneller also der abessinische Streit erledigt wird, umso besser! Darsüber hinaus aber liegt es heute im stärksten französischen Interesse, daß der mit so viel Mühe für das französische Spiel gewonnene italienische Bundesgenosse auf keinen Fall in seiner Geltung gebrochen, ja auch nur wesentlich geschwächt aus seiner Prüfung hervorgehe. Vielleicht möchten die Franzosen ja auch kein alszu siegestrunkenes Italien sehen, aber einen gewissen Erfolg und eine gewisse koloniale Sättigung wünschen sie ihm sicher. Leider sah sich Herr Laval aber eine Zeit lang gezwungen, die Engländer gewähren zu lassen und bem Bölkerbund zu Liebe selbst bei den Sanktionen mitzuwirken. Heute hat er seinen Gegenschlag getan und seine Handlungsfreiheit wieder gewonnen. Für wie lange?

Heldzug in Abessinien keine solchen Früchte reisen sehen, wie Mussolini das so seurig wünscht. Und den Engländern gegenüber sah man sich in einer schlimmen Klemme. Die Ftaliener haben aber doch durchgehalten bis zur französischen Entlastungssossensiber. Jetzt können sie erleichtert aufatmen und wieder mit frischem Mute den Krieg in Ostafrika weiter betreiben.

Das Ganze nennt Herr Laval Friedenspolitik. Es ist ja auch eine Friedenspolitik genau so gut wie die Einigung mit Jtalien im Januar, die den ganzen Krieg in Ostasrika erst möglich gemacht hat. Ehre, wem Chre gebührt, und diese Ehre gebührt Laval und der französischen Außenpolitik durchaus!

Jett frägt sich nur noch, was die eigentliche Friedensmaschinerie, der Bölterbund, zu diesem grausamen Spiel sagt. Wird er die Prämiierung des Staates, den er seierlich als Angreiser gebrandmarkt und mit Sanktionen belegt hat, schlucken? Das erscheint doch immerhin zweiselhaft, weil der Szenenwechsel noch in gar zu srischer Erinnerung ist. Wahrscheinlicher ist es, daß die ganze Sache irgendwie auf den Verhandlungsweg verschoben wird. So könnte man sich einstweilen den Entschluß sparen, um zunächst zu sehen, was dei dem Wassengang in Ostasrika hers auskommt. Je nachdem wird man dann schon den Kank sinden, um das zwar mit Sanktionen belegte, aber frischspilich in Genf weiter mittagende italienische Ratzsmitglied schließlich von neuem gerührt in die Arme schließen zu können. Einstweilen aber ist die Lage für den Völkerbund sehr, sehr peinlich!

Marau, den 17. Dezember 1935.

heftor Ammann.

Debatte um die elfässische Selbstverwaltung.

Die Senatswahlen, über die im Oktoberheft berichtet wurde, haben sich bald in mancherlei hinsicht ausgewirkt. In Paris beschleunigten sie wahrscheinlich den seit einiger Zeit fälligen Abbau des Generaldirektors für die elsaß-lothringischen Angelegenheiten, im Lande selbst sahen sich die unentwegtesten Bertreter des Zentralissierungskurses veranlaßt, der am 20. Oktober deutlich geäußerten Volksstimmung einige Zugeständnisse zu machen.

Die Generaldirektion für die elsaß=lothringischen An=gelegenheiten mit dem Sit in Paris war der lette Rest der besonderen Berwaltung, die die französische Regierung nach dem völlig mißglückten Versuch ein=richten mußte, die wiedergewonnenen Provinzen 1918 einsach in das departementale Shstem von vor 1870 zurückzugliedern. Schon 1919 war sie gezwungen, den späteren

Staatsprafibenten Milleranb als Generalkommiffar mit weitgehenben Bollmachten nach Strafburg zu schicken, um die verworrene Lage wieder in Ordnung zu bringen. Dem Generalkommiffariat murbe bamals ein aus Delegierten ber brei eliaß flothringischen Bezirksrate (Confeils generaux) gebilbeter Confeil confultatif beigeordnet, sodaß wenigstens noch ein Teil ber alten Selbstverwaltung von 1911 mit eigener Regierung und Landtag, wenn auch in äußerst reduzierter Form, bestand. Unter dem Nachfolger Millerands, dem zweiten und letten Generalkommiffar Alapetite, begann aber bereits der Abbau diejes letten Reftes der Eigenverwaltung in Strafburg, der mit der Abschaffung des Generalkommissariats 1924, die unter anderem der Sozialist Georges Weill besonders hartnäckig betrieben hatte, feinen Abichluß fand. Weil aber bamals auch bie verbiffenften Unhänger der radikalen Assimilierung die plötsliche und restlose Aufhebung aller Sonberdienste nicht für ratsam hielten, wurde in Paris bis auf weiteres die Generaldirektion eingerichtet. Ihr Hauptzweck war im Grunde, die völlige Afsimilierung mit den geeignetsten Mitteln zu Ende zu führen(ein zuerst vorgesehenes Comité consultatif in Baris murde überhaupt nicht ins Leben gerufen). Diefer Aufgabe ift ber Leiter dieser Dienststelle, Staatsrat 2 alot, auch weitgehend gerecht geworben, wenn er auch selbst, wie es nur allzu menschlich ist, sein Berschwinden, obschon es an fich in ber logischen Entwidlung ber Dinge liegen mußte, mit gemischten Befühlen erlebt haben mag. Ihm ichob man die Schuld an dem "schlechten" Bahlausgang zu, und im Buge der Laval'ichen Sparpolitif murbe durch eine Notverordnung bie Generaldirektion mit einem einfachen Federstrich abgeschafft. Dag vorher bie elfaß-lothringischen Parlamentarier nicht gefragt murben, sei nur beiläufig ermähnt. Sie werben im Grunde nie gefragt, wenn es um Enticheidungen über ihr kleines Land geht, und dies erklärt sich zu einem guten Teil auch baburch, bag ihnen ein wirklich zielbewußtes und vor allem geschloffenes Auftreten in Paris abgeht.

Mit Balot verschwindet ein Mann, ber gehn Jahre lang ununterbrochen sein Amt innehatte. Im Bergleich zu den Ministern, die in dieser Zeit mit den elfaßlothringischen Angelegenheiten betraut waren und oft so schnell wechselten, daß fogar in den öffentlichen Dingen fundige Leute ihre Namen taum mehr wußten, bildete er den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht. Er hatte viel Macht und gar keine Berantwortung. Seine Politik ist sicher nicht glücklich gewesen und hat Frankreich mehr denn einmal geschädigt, aber sie war geradlinig und stetig auf die Einebnung ber elfaß-lothringischen Eigenart im Shitem bes jakobinischen Ginheitsstaates gerichtet. Diese Eigenschaft, beren Auswirkungen man natürlich verschieden beurteilen wird, fann man der Balot'schen Geschäftsführung nicht absprechen. Die heimatrechtlich eingestellten politischen Gruppen warfen dem Generalbirektor vor allem vor, daß er mit einem reich botierten Propagandasonds eine Reihe von Beröffentlichungen aushielt, die seine Politit durch did und dunn vertraten und sich an Behäffigfeit gegen jede noch fo harmloje Regung bes elfaß-lothringischen Sonberbewußtseins gegenseitig überboten. Einige dieser "Freunde" Balots maren baber anscheinend im ersten Augenblick von ber Absetzung ihres mächtigen Gönners betroffen. Nur so erklären sich gewisse Außerungen ihres Lagers, die fast autonomistisch klangen in der ersten Berärgerung. Aber unterdessen werden sich die Bemuter raich wieder beruhigt haben, denn ein Generalbirektor fann verschwinden, aber die Reptilienfonds einer Regierung haben ein gaheres Leben.

Im Lande gab die lette Sejsion der Generalräte Anlaß zu Bunschsanträgen, wie sie bisher noch nie seit 1918 zu verzeichnen waren. Sowohl in Colmar wie in Straßburg verlangten die Körperschaften ein stimmig die Einrichtung einer eigenen Regionalvat und einem besonderen Regierungsbeamten an der Spite. Die große Bedeutung dieser Beschlüsse liegt nicht so sehr in ihrem Inhalt selbst als in der Tatsache, daß sie einstimmig gesaßt wurden. Die Autonomisten und die ihnen nahestehenden Fraktionen stimmten ihnen zu, obsichon ihre seit Jahren erhobenen

Forderungen viel weiter gehen. Die Antrage zielten nämlich nicht auf eine beträchtliche Erweiterung des Mitrederechts des Volks von Elfaß-Lothringen in seinen eigenen Angelegenheiten bin, sondern hätten, wenn sie verwirklicht worden wären, lediglich eine bessere Busammenfassung ber elfaß-lothringischen Berwaltung, eine annehmbarere Erledigung der Landesfragen burch eine weniger überlastete Berwaltung an Ort und Stelle und immerhin eine bessere Kontrolle burch die Wähler ermöglicht: Wichtig war im Augenblick vor allem, möglichst viele Räte zur Zustimmung zu bewegen, was tatsächlich auch gelang, wie sich aus der schon erwähnten Ginstimmigkeit ergibt. Db manche Bertreter aus wirklicher überzeugung für die Antrage eintraten, ift babei unwesentlich. War bies nicht ber Fall, muß ber Druck ber Bolksstimmung jo stark zu werden beginnen, daß auch verbiffene Zentralisten, um ihre Bahler nicht bor ben Ropf zu stoßen, für eine Dezentralisierung eintreten muffen. Jedenfalls fteht fest, daß die beiden eljäsisichen Bezirtsräte ohne Ausnahme die Anderung eines Berwaltungssihstems verlangt haben, deffen mangelhaftes Funktionieren keine Berteidiger mehr findet. Sehr bezeichnend ist außerdem, daß im Gegensat zu seinem oberelfässischen Rollegen ber neue Prafett bes Unterelfasses, Roblot, wie bas früher bei derartigen Wunschanträgen immer geschah, die sogenannte Vorfrage, wonach berartige Debatten als nicht zu den Befugnissen der Generalräte gehörig von vorneherein abgelehnt werden können, nicht gestellt hat. Im Obereljaß wurde diese Borfrage von dem Bertreter der Regierung gestellt, aber gegen nur 5 Stimmen abgelehnt, worauf bann bie einstimmige Unnahme bes regionalistischen Untrags in Abwesenheit bes Prafetten erfolgte.

Man kann sich denken, daß diese Entschließungen und besonders die Ginstimmigteit, mit ber sie gefagt wurden, nicht überall Begeisterung auslöften. Die Gegenminen sprangen bald, und vor allem kam aus Met, wobei eigentumlicherweise Mülhausen Hilfstellung nahm, der Einwand, Lothringen, das Departement Moselle, welches nach den Anträgen ebenfalls in die zu schaffende Region einbezogen werden sollte, wolle mit der Reform nichts zu tun haben. Wie sehr aber dieses Argument an ben haaren herbeigezogen ift, weiß jeder, der die mahre Stimmung insbesondere der deutschlothringischen Bevölkerung kennt, die wohl an einer gewissen Eigenstellung gegenüber bem Elsaß hält, eine bessere Berwaltung von Stragburg aus aber unter allen Umständen natürlich einer schwerfälligen Berwaltung direkt von Paris her vorziehen würde. Sogar unter ber welschen Bevölkerung dieses Departements, die sich sonst nicht von den Altfranzosen unterscheidet, aber manche Borteile der früheren Sonderverwaltung in Strafburg aus der beutschen Zeit ber schäten gelernt hat, bürfte es manche geben, die ber Reform alles andere als Wiberstand entgegenseten wurden. Im Meter Generalrat kam es lediglich nur deshalb nicht zu einem ähnlichen Beschluß wie in Colmar und Straßburg, weil sich dort eine Notabelnschicht bis heute gegen ein gedulbiges Bolt immer noch halten konnte, und besonders ber Einfluß bes Senators Buy be Wendel, bes Großindustriellen und Mitgliedes bes Comité bes Forges, ausschlaggebend ift. Obschon dieser Mann neuerdings ben Borsit des Generalrates abtreten mußte, kann vorläufig die noch zu schwache Gruppe ber heimatrechtlichen Christlich-Sozialen wenig ansrichten. Tropbem aber wurde in Met in derselben Session ein Antrag auf Erweiterung des Deutschunterrichts in den Volksichulen gegen nur eine Stimme von allen Mitgliedern des Rates angenommen.

Man kann also sagen, daß diese lette Sitzung der Generalräte bedeutungsvoll gewesen ist, insosern sie dem allgemeinen Wunsch nach einer Auslockerung des zenstralistischen Systems, wenn auch in Lothringen in schüchternerer Weise als im Elsaß, Ausdruck gegeben hat. Zum ersten Mal haben alle Vertreter ohne Unterschied der Partei und der Anschauungen, Vertreter, deren Lohalität über jeden Zweisel erschaben ist, sich für die Beachtung der elsaß-lothringischen Eigenart und die Notwendigkeit einer besonderen Verwaltung, um dieser Eigenart gerecht zu werden,

ausgesprochen. Die Regierung tann fortan ihren bem entgegengesetten Rurs nicht mehr bamit rechtfertigen, daß er im Lande selbst gewünscht werde.

Dennoch kam die Ablehnung prompt und deutlich. Am 24. November wohnte der gegenwärtig mit den elsaß-lothringischen Angelegenheiten betraute Misnister, Unterstaatssekretär Blaisot, der Feier des 50jährigen Bestehens der elssissischen Baugewerbeinnungen dei. Er würdigte dabei in einer Ansprache die Besdeutung des elsässischen Handwerks und, wie er sagte, auch die ihm vorgetragenen Wünsche nach Erhaltung dieser Landeseinrichtungen, die er selbst als vordistlich deseichnete. Dann aber erklärte er im Namen der Regierung, daß die Regierung sür eine wirtschaftliche Sonderstellung keineswegs, aber für eine solche auf dem Gebiete der Berwaltung zu haben sei. Damit war die Antwort auf die einstimmig gesaßten Beschlüsse der Generalräte gegeben.

Wenn die Autonomisten bei dieser Gelegenheit behaupteten, mit dieser Abslehnung sei der Beweiß erbracht, daß Paris nicht gewillt ist, irgendein Zugeständnis freiwillig zu machen, und daß die Selbstverwaltung erkämpft werden muß, blieben sie nicht nur mit sich selbst logisch, sondern mochten auch nach Ansicht vieler anderer den einzig logischen Standpunkt überhaupt vertreten.

Doch, auch das neue Nein von Paris wird die Wichtigkeit der letten Debatten um die elsaß-lothringische Selbstverwaltung nicht im geringsten gemindert haben, wie sich sicher in Zukunft noch zeigen wird.

Zur Abrundung des Bildes darf vielleicht noch ein merkwürdiges Begebnis ansgesührt werden, das sich im Senat zutrug. Dort wählten die Patres Conscripti der Republik den General Bourgeois, der, wie im Oktoberhest berichtet wurde, um seine Wähler zu ärgern, von diesen nicht mehr gewählt werden "wollte", dis zum Ablauf seines Mandats Ende dieses Monats zum Borsitzenden der Armeekommission. Dabei konnten sich die würdigen Herren zu betonen nicht enthalten, daß ihnen das Scheiden des Generals leidtue und von ihnen dem Umstand zugeschrieben werden müsse, daß die Elsässer die Interessen der nationalen Berteidigung aus den Augen verlören. Ob ausgerechnet die Elsässer inmitten ihrer Festungen die Belange der nationalen Berteidigung "aus den Augen verlieren" können, im buchstäblichsten Sinn dieses Wortes, kann füglich dahingestellt bleiben. Daß aber Leute, deren Kang und Alter eigentlich ein verständiges Urteil voraussehen lassen müßte, solche Geschichten erzählen und derartige Kundgebungen veranstalten, erklärt manches, was man von vorneherein für unwahrscheinlich zu halten geneigt wäre.

Bücher Kundschau

Scheidung oder Zusammenklang / Europäisches Schicksal in Büchern.

Conzague de Reynold: Die Tragik Europas. Bita Nova Berlag, Luzern 1935. Gert H. Theunissen: Revolution und Jugend. Bita Rova Berlag, Luzern 1935. Waldemar Gurian: Der Bolschewismus. 2. Aust. Herder & Co., Freiburg i. Br. 1932.

Waldemar Gurian: Bolschewismus als Weltgesahr. Bita Rova Berlag, Luzern 1935.

Werner Schlegel: Sinn und Gestaltung der großen deutschen Revolution. 2. Aufl. Berlag für Kulturpolitik, Berlin 1934.

Schweizer Annalen. Max Niehans Berlag, Zürich 1935.

Ein gemeinsamer Zug geht durch die politisch philosophische Literatur der Gegenwart: der Wille, bis zu dem Punkt vorzustoßen, an dem sich geistige Haltung